

Staatskirchenrechtliche Abhandlungen

Band 60

**Das staatskirchenrechtliche Regime
Elsass-Lothringens in
rechtsvergleichender Perspektive**

Le droit local des cultes en Alsace-Moselle

Von

Anna Imhof



Duncker & Humblot · Berlin

ANNA IMHOF

Das staatskirchenrechtliche Regime Elsass-Lothringens
in rechtsvergleichender Perspektive

Staatskirchenrechtliche Abhandlungen

Herausgegeben von

Otto Depenheuer · Ansgar Hense · Alexander Hollerbach

Josef Isensee · Matthias Jestaedt · Paul Kirchhof · Joseph Listl (†)

Wolfgang Loschelder (†) · Hans Maier · Paul Mikat (†) · Stefan Muckel

Sebastian Müller-Franken · Wolfgang Rüfner · Christian Starck

Markus Stoffels · Arnd Uhle

Band 60

Das staatskirchenrechtliche Regime Elsass-Lothringens in rechtsvergleichender Perspektive

Le droit local des cultes en Alsace-Moselle

Von

Anna Imhof



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
und die École doctorale des sciences juridiques der Université de Strasbourg
haben diese Arbeit im Jahre 2021 als Dissertation angenommen.

Die Veröffentlichung der Arbeit wurde gefördert durch die



Erzbischof Hermann
Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2022 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpau
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0720-7247
ISBN 978-3-428-18548-1 (Print)
ISBN 978-3-428-58548-9 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

À mon mari

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau und der École doctorale des sciences juridiques der Université de Strasbourg als Dissertation im Cotutelle-Verfahren angenommen. Für die Drucklegung wurde sie geringfügig überarbeitet. Dabei konnten noch vereinzelt Nachweise aus der aktuellen Gesetzgebung und Rechtsprechung berücksichtigt werden.

Zunächst danke ich ganz herzlich meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Matthias Jestaedt, Direktor des Instituts für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie der Universität Freiburg, für die Idee zu dem Thema, für die stets wohlwollende und zielführende Unterstützung sowie zahlreiche wertvolle Anregungen. Außerdem danke ich meiner Doktormutter Madame Dr. Catherine Haguenau-Moizard, Professorin für Öffentliches Recht an der Université de Strasbourg, für Ihr großes Engagement bei der Betreuung der Arbeit und die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Den Mitgliedern der Prüfungskommission meiner Soutenance de thèse Professor Dr. Gernot Sydow, M.A. (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), der den Vorsitz übernahm, Professor Dr. Jan Henrik Klement (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) und Professor Dr. Thomas Hochmann (Université Paris-Nanterre) sei für Ihren interessierten Einsatz bei meinem deutsch-französischen Vorhaben gedankt.

Mein ausdrücklicher Dank gilt dem Evangelischen Studienwerk e. V. Villigst und dem Deutsch-Französischen Doktorandenkolleg „Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht angesichts der europäischen Integration“ für die ideelle und finanzielle Förderung während der Promotionszeit.

Dank schulde ich weiterhin den Mitarbeiter*innen des Institut de droit local in Straßburg, die mir den unkomplizierten Zugriff auf das dort vorhandene Forschungsmaterial ermöglichten.

Des Weiteren danke ich den Herausgebern der „Staatskirchenrechtlichen Abhandlungen“ – namentlich Herrn Professor Dr. Ansgar Hense – für die Aufnahme dieser Dissertation in die Schriftenreihe. Ein besonderer Dank gilt der Erzbischof-Hermann Stiftung der Erzdiözese Freiburg für den großzügigen Druckkostenzuschuss bei der Veröffentlichung dieser Arbeit.

Schließlich möchte ich mich von Herzen bei meinen Eltern bedanken, die mir ein geistliches Fundament und den wohl größten Schatz mitgegeben haben: die wirkliche Freude am Leben ohne Warum, „sunder warumbe“. Meinen Schwestern bin ich sehr dankbar für unsere tiefe Verbundenheit. Sie haben mir manchen Bibliotheks-

gang abgenommen und einige Babysitterdienste erwiesen. Danke sagen möchte ich auch meinen engen Freundinnen aus Schul- und Studienzeiten für Inspiration, Austausch und Wegbegleitung in allen Lebensphasen.

Ohne meinen wunderbaren Mann würde ich nicht im Elsass leben und gäbe es diese Arbeit nicht. Ihm und unseren großartigen Kindern gilt mein umfassender Dank und meine Liebe. Mein Leben mit Euch zu teilen, ist mein größtes Glück.

Hatten, im Februar 2022

Anna Imhof

Inhaltsübersicht

Einleitung	25
<i>Erster Teil</i>	
Historische und rechtliche Grundlagen des elsass-lothringischen Staatskirchenrechts	34
§ 1 Die Nichtabschaffung des lokalen Staatskirchenrechts als Folge der wechselvollen Geschichte Elsass-Lothringens	34
§ 2 Die wichtigsten Komponenten des elsass-lothringischen Staatskirchenrechts	132
<i>Zweiter Teil</i>	
Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht am Maßstab der französischen Verfassung und des europäischen Rechts	184
§ 3 Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht und die französische Verfassung	184
§ 4 Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht im europäischen Kontext	320
<i>3. Teil</i>	
Parallelen und Unterschiede zum innerfranzösischen und deutschen Staatskirchenrecht	349
§ 5 Die Finanzierung von Religionsgemeinschaften	349
§ 6 Der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen	422
§ 7 Die theologischen Hochschuleinrichtungen	461
§ 8 Erkenntnisse aus dem Vergleich mit dem Staatskirchenrecht in Deutschland und Innerfrankreich	498
Fazit	507
Résumé	517
Literaturverzeichnis	527
Sachwortverzeichnis	550

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	25
I. Themeneinführung	25
II. Aufbau und Ziele der Arbeit	30

Erster Teil

Historische und rechtliche Grundlagen des elsass-lothringischen Staatskirchenrechts	34
§ 1 Die Nichtabschaffung des lokalen Staatskirchenrechts als Folge der wechselvollen Geschichte Elsass-Lothringens	34
I. Staatskirchenrechtliche Besonderheiten Elsass-Lothringens im Ancien Régime	35
II. Von der Französischen Revolution bis zum deutsch-französischen Krieg 1870	40
1. Die Französische Revolution und das Ende des gallikanischen Staatskirchentums	41
a) Die Absorbierung der Religion durch die Nation	42
b) Die Trennung von Staat und Kirche	47
2. Die Errichtung des Konkordatssystems von der napoleonischen Zeit bis zum Zweiten Kaiserreich	49
a) Napoleons Konsulat und das Erste Kaiserreich	49
aa) Das Regime für den katholischen Kult	52
bb) Das Regime für die protestantischen Kulte	55
cc) Das Regime für den israelitischen Kult	56
dd) Die höheren Bildungseinrichtungen	57
(1) Das protestantische Seminar und die evangelisch-theologische Fakultät	59
(2) Die katholischen Seminare	61
b) Die Restauration 1814	62
c) Die Julimonarchie 1830	66
d) Die Zweite Republik 1848	68
e) Das Zweite Kaiserreich 1852	72
III. Spuren der deutschen Besatzungszeit von 1871 bis 1918	74
1. Allgemeine verfassungsrechtliche Entwicklung Elsass-Lothringens	77
2. Das Konkordatssystem im Reichsland	79
3. Das Schulsystem und der Kulturkampf im Reichsland	83

4. Die theologischen Fakultäten im Reichsland	86
a) Die Abschaffung des protestantischen Seminars und Neuerrichtung der evangelisch-theologischen Fakultät	87
b) Die Gründung der katholisch-theologischen Fakultät	89
IV. Die Rückintegration Elsass-Lothringens nach Frankreich von 1918 bis 1940 ..	91
1. Die Beibehaltung des Konkordatssystems	94
2. Die Aufrechterhaltung der bildungspolitischen Besonderheiten	99
a) Das Schulwesen	99
b) Die theologischen Fakultäten	101
aa) Die Anpassung der evangelisch-theologischen Fakultät	103
bb) Die Neuverhandlung der katholisch-theologischen Fakultät	105
V. Elsass-Lothringen unter nationalsozialistischer Herrschaft bis 1944	106
1. Die Abschaffung des Konkordatssystems	107
2. Die Abschaffung des konfessionellen Schulsystems	109
3. Die Abschaffung der theologischen Fakultäten	110
VI. Die Beibehaltung des lokalen Staatskirchenrechts unter den Verfassungen der Vierten und Fünften Republik	112
1. Die einfachrechtliche Situation nach dem Zweiten Weltkrieg	113
2. Erfolglose Neuverhandlung des französischen Staatskirchenrechts zwischen 1952 und 1957	115
3. Die Verfassungen und das vorkriegsrechtliche lokale Staatskirchenrecht ..	117
a) Die Verfassung der Vierten Republik von 1946	118
aa) Erste Assemblée nationale constituante (ANC) vom 21. Oktober 1945	118
bb) Zweite Assemblée nationale constituante (ANC) vom 2. Juni 1946 ..	122
b) Die Verfassung der Fünften Republik von 1958	125
VII. Die jüngsten Entwicklungen des lokalen Staatskirchenrechts	128
1. Verfestigung des lokalen Staatskirchenrechts vom Provisorium zur Dauerlösung	128
2. Reformen: Abschaffung oder Erneuerung veralteter Regelungen	130
§ 2 Die wichtigsten Komponenten des elsass-lothringischen Staatskirchenrechts	132
I. Die Organisation der anerkannten Religionsgemeinschaften	133
1. Der öffentlich-rechtliche Status der anerkannten Kulte	133
a) Die staatliche Geschäftsstelle für die Kulte	133
b) Die öffentlich-rechtlichen Kulteinrichtungen	134
c) Die Verwaltungsakte der Kulteinrichtungen	136
2. Die Geistlichen als Amtsträger des öffentlichen Rechts	138
a) Arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Besonderheiten	140
b) Staatliche Mitwirkung bei der Ernennung und Absetzung der Geistlichen	142
3. Der Status der Kultstätten und Pfarrhäuser	146

4. Die Verwaltungsorgane und -bezirke des katholischen Kults	149
a) Fabriken	151
b) Menschen	152
c) Seminare	152
d) Diözesen und ihre Teilbezirke	154
e) Domkapitel	155
5. Die Verwaltungsorgane und -bezirke der protestantischen Kulte	155
a) Presbyterien	156
b) Konsistorien	156
c) Inspektionen	157
d) Zentralgremien der beiden Kirchen	158
e) Gemeinsame Einrichtungen der beiden protestantischen Kirchen	159
f) Thomaskapitel	162
6. Die Verwaltungsorgane und -bezirke des jüdischen Kults	165
a) Konsistorien	165
b) Rabbinerbezirke	166
7. Das Prinzip der beschränkten Vermögensverwaltung	166
II. Die Organisation der nichtanerkannten Religionsgemeinschaften	168
1. Einheitliches Vereinigungsregime	168
2. Vereinigungsgründung	169
3. Volle Rechtsfähigkeit	170
4. Staatliche Subventionen	171
5. Privatrechtlicher Status der Geistlichen	173
III. Die Kongregationen	173
IV. Einzelfragen der Kultausübung	175
1. Sonn- und Feiertagsschutz	175
2. Kirchenglockenläuten	176
3. Prozessionen und Zeremonien unter freiem Himmel	177
4. Schächten	178
5. Friedhöfe	180

Zweiter Teil

Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht am Maßstab der französischen Verfassung und des europäischen Rechts	184
§ 3 Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht und die französische Verfassung	184
I. Kein Verfassungsrang für das elsass-lothringische Staatskirchenrecht	185
1. Keine ausdrückliche Festschreibung in der Verfassung	186
a) Debatten in 2008	186

b) Debatten in 2011	189
c) Debatten seit 2018	190
2. Kein ungeschriebener Teil der Verfassung	192
II. Prinzipielle Vereinbarkeit des elsass-lothringischen Staatskirchenrechts mit der Verfassung	194
1. Das Prinzip der Laizität	194
a) Soziokultureller Hintergrund	195
b) Tatbestandslösung	202
aa) Inhaltliche Definition: Inklusives Verständnis des Laizitätsprinzips ..	202
(1) Positive staatliche Neutralität und Gleichbehandlungsgebot	203
(2) Relative Trennung von Staat und Kirche	206
(3) Anerkennung der Religions- und Gewissensfreiheit	208
(4) Vorrangige Achtung der „règles communes“	210
bb) Rechtliche Qualifikation: Das Laizitätsprinzip als „Principe Fondamental Reconnu par les Lois de la République“ – PFRLR	212
c) Rechtfertigungslösung	215
aa) Inhaltliche Definition: Exklusives Verständnis des Laizitätsprinzips ..	215
(1) QPC-Entscheidung des Conseil constitutionnel vom 21. Februar 2013: Teilidentifikation mit Art. 2 Abs. 1 TG 1905	216
(a) Prozessgeschichte	217
(b) Zulässigkeit der QPC	218
(c) Begründetheit der QPC	219
(aa) Rechtsgrundlagen des lokalen Staatskirchenrechts	219
(bb) Laizitätsdefinition	220
(cc) Historisch-kontextbezogene Rechtfertigung	225
(2) Teile der Lehre: Vollständige Identifikation mit Art. 2 Abs. 1 TG 1905	237
(a) Herleitung eines exklusiven Verständnisses	238
(b) Das Prinzip der Nichtanerkennung	239
(c) Das Besoldungs- und Subventionsverbot	242
bb) Verschiedene Rechtfertigungsansätze für das lokale Staatskirchenrecht ..	244
(1) Das lokale Recht als PFRLR	245
(a) Voraussetzungen für die Ableitung des PFRLR	247
(aa) Fundamentales Prinzip	247
(bb) Vorkonstitutionelles Prinzip	248
(cc) Gleichmäßige Rechtstradition	248
(b) Abwägung oder Verdrängung?	249
(aa) Gegenseitige Abwägung	249
(bb) Automatische Verdrängung des Laizitätsprinzips	252
(2) Das Prinzip der freien Kultausübung	253
(3) Lex specialis derogat legi generali	255

(4) „Convention à la Constitution“	257
(a) Begründung einer „Convention à la Constitution“	259
(b) Rechtsfolge einer „Convention à la Constitution“	263
2. Das Prinzip der Gleichheit	266
a) Unitaristisches Ausgangsverständnis	267
b) Das interne lokale Staatskirchenrecht	271
aa) Unterschiede zwischen den anerkannten Religionsgemeinschaften ..	273
bb) Unterschiede zwischen anerkannten und nichtanerkannten Religions- gemeinschaften	275
(1) Steuerrechtliche Gleichbehandlung	275
(2) Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften	277
c) Lokales und innerfranzösisches Staatskirchenrecht	279
aa) Neutralisation des Gleichheitsprinzips durch das PFRLR des lokalen Rechts	280
bb) Anwendung der Kriterien für das Gleichheitsprinzip	284
(1) Unterschiedliche Regeln für unterschiedliche Situationen	285
(2) Öffentliches Interesse an der Ungleichbehandlung	287
(3) Direkter Bezug zum Gesetzeszweck	287
3. Das Prinzip der Unteilbarkeit der Republik	287
a) Uniformistische Wurzeln des Unteilbarkeitsgrundsatzes	288
b) Abgeleitete normative Kompetenz der Gebietskörperschaften	292
aa) Pouvoir réglementaire der Gebietskörperschaften	292
bb) Sonderkompetenzen mancher Gebietskörperschaften	294
cc) Droit à l’experimentation der Gebietskörperschaften	296
c) National festgelegtes Sonderrecht	296
III. Keine judizierte Verfassungswidrigkeit des elsass-lothringischen Staatskirchen- rechts	299
1. Verschiedene Verfassungskontrollverfahren	299
a) Inzidente Verfassungskontrolle	299
b) Verfassungskontrolle a priori	301
c) Verfassungskontrolle a posteriori	302
2. Richterrechtliche Aktualisierung einzelner Aspekte	303
IV. Unsicherheiten für die Fortentwicklung des lokalen Staatskirchenrechts	306
1. Kein expliziter Abschaffungsauftrag an den Gesetzgeber	306
2. Problematische Konservierung des lokalen Rechts	307
3. Schwierige Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Gesetz- und Verordnungs- geber	313
§ 4 Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht im europäischen Kontext	320
I. Die Auswirkungen des EU-Rechts	320
1. Keine direkte Kompetenz der EU: der Kirchenartikel des Art. 17 AEUV ..	321

2. Die Charta der Europäischen Grundrechte im Licht der Europäischen Menschenrechtsskonvention	322
3. Der indirekte Einfluss des EU-Rechts	323
II. Die Bedeutung der Religionsfreiheit der Europäischen Menschenrechtsskonvention	325
1. Bindungswirkung der Europäischen Menschenrechtsskonvention	326
2. Das Verhältnis zur verfassungsrechtlichen Religionsfreiheit	327
3. Großer Spielraum der Vertragsstaaten für die Gestaltung ihrer staatskirchenrechtlichen Beziehungen mit den Religionsgemeinschaften	330
4. Die inhaltliche Garantie des Art. 9 EMRK insbesondere in institutioneller Hinsicht	334
5. Einzelne Elemente des lokalen Staatskirchenrechts auf dem Prüfstand	338
a) Staatliche Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten	338
b) Privilegien der anerkannten Religionsgemeinschaften	342
c) Diskriminierung der nichtanerkannten bzw. innerfranzösischen Religionsgemeinschaften	344
d) Religionsunterricht an öffentlichen Schulen	346

3. Teil

Parallelen und Unterschiede zum innerfranzösischen und deutschen Staatskirchenrecht

349

§ 5 Die Finanzierung von Religionsgemeinschaften	349
I. Rechtslage in Innerfrankreich	349
1. Allgemeines Subventionsverbot in Art. 2 Abs. 1 TG 1905	350
a) Kult- und Diözesenvereinigungen	351
aa) Historische Genese der Kult- und Diözesenvereinigungen	351
bb) Formelle Voraussetzungen für Kult- und Diözesenvereinigungen	353
cc) Materielle Voraussetzungen für Kult- und Diözesenvereinigungen ..	354
(1) Öffentliche Kultausübung mit einem übernatürlichen Bezugspunkt	354
(2) Ausschließlich religiöser Zweck	356
(3) „Ordre-public“-Vorbehalt	359
b) Allgemeine Vereinigungen ohne kulturelle Aktivitäten	359
c) Allgemeine Vereinigungen mit gemischten Aktivitäten	360
2. Relativität des Subventionsverbots in Art. 2 Abs. 1 TG 1905	366
a) Einschränkungen durch den Gesetzgeber	367
aa) Steuerrechtliche Erleichterungen für Kult- und Diözesenvereinigungen	367
(1) Die Annahme von vermögensrechtlichen Zuwendungen	367
(a) Behördliche Aufsicht	368
(b) Eingeschränkte Transferierung von freiwilligen Zuwendungen	370

(2) Steuerabsetzungen	371
(3) Steuerbefreiungen	373
bb) Finanzierung von Kultstätten	376
(1) Die Erhaltung von Kultgebäuden	376
(a) Kultgebäude im Eigentum des Staates	377
(b) Kultgebäude im Eigentum der Kultvereinigungen	381
(2) Der Neubau von Kultstätten	382
(a) „Bail administratif emphytéotique“	382
(b) „Garanties d'emprunt“	384
(c) „Bâtiments mixtes“	384
cc) Anstaltsseelsorge	386
bb) Einschränkungen durch die Rechtsprechung	388
II. Rechtslage in Elsass-Lothringen	389
1. Staatliche Leistungen für die anerkannten Kulte	390
a) Personalkosten	390
b) Gebäudekosten	393
c) Verwaltungskosten	393
2. Kommunale Leistungen für die anerkannten Kulte	394
a) Unmittelbare Belastung	395
b) Subsidiäre Belastung	397
aa) Voraussetzungen	397
bb) Rechtsfolge	398
cc) Verfahren	400
c) Streitbeilegung	402
3. Departementale Leistungen für die anerkannten Kulte	402
III. Rechtslage in Deutschland	403
1. Einnahmen aus der Kirchensteuer	403
a) Kirchensteuergläubiger und Einziehungsverfahren	404
b) Kirchensteuerschuldner	405
c) Bemessungsgrundlage	406
d) Rechts- und kirchenpolitische Diskussionen	407
2. Die historischen Staatsleistungen und ihre Ablösung	409
a) Die Entstehung der Staatsleistungen	410
b) Der Inhalt der Staatsleistungen	410
c) Die Ablösung der Staatsleistungen	411
d) Die Begründung neuer Staatsleistungen	413
3. Steuervorteile und -vergünstigungen	414
4. Staatliche Finanzhilfe	415

IV.	Der Vergleich der Rechtslagen	416
1.	Organisationsform als entscheidende Weichenstellung für staatliche Förderung	417
2.	Mischfinanzierung der Religionsgemeinschaften mit variablem staatlichen Förderanteil	419
3.	Parallelen bei der öffentlichen Mindestfinanzierung	421
§ 6	Der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen	422
I.	Rechtslage in Innerfrankreich	424
1.	Kein Religionsunterricht in der Grundschule	425
2.	Private „aumôneries scolaires“ an den Sekundarschulen	426
a)	Einrichtung von „aumôneries scolaires“	428
b)	Privat finanziertes Lehrpersonal	429
c)	Keine inhaltlichen Vorgaben zum Religionsunterricht	431
d)	Keine muslimischen „aumôneries“	431
3.	Behandlung religiöser Themen in den allgemeinen Fächern	432
II.	Rechtslage in Elsass-Lothringen	433
1.	Religionsunterricht als Teil des offiziellen Stundenplans	434
2.	Freiwillige An- und Abmeldung vom Religionsunterricht	437
3.	Staatlich finanziertes Lehrpersonal	438
4.	Bekenntnisoffene Ausrichtung des Religionsunterrichts	440
5.	Pilotprojekt EDII-Unterricht („Education au Dialogue Interreligieux et Inter-culturel“)	444
III.	Rechtslage in Deutschland	447
1.	Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach	447
2.	Befreiungsmöglichkeit vom Religionsunterricht	448
3.	Staatlich finanziertes Lehrpersonal	448
4.	Bekenntnisorientierter Religionsunterricht	449
5.	Die Unterrichtung in islamischer Religionslehre	452
IV.	Der Vergleich der Rechtslagen	455
1.	Minimalkonsens zur Integration des „fait religieux“	455
2.	Unterschiedliche „Veranstalter“ des Religionsunterrichts	457
3.	Variable Reichweite der staatlichen Implikation	457
4.	Inhaltliche Verschiedenheit des Religionsunterrichtes	459
5.	Prinzipielle Offenheit für islamischen Religionsunterricht	460
§ 7	Die theologischen Hochschuleinrichtungen	461
I.	Rechtslage in Innerfrankreich	461
1.	Privat organisierte konfessionelle Hochschulen	462
2.	Staatliche Rahmenkontrolle	463
3.	Staatliche Subventionen	464

4. Teilweise staatlich anerkannte Abschlüsse	464
5. Umstrittene private Einrichtungen für islamische Theologie	466
II. Rechtslage in Elsass-Lothringen	469
1. Theologische Bildungseinrichtungen an staatlichen Universitäten	469
a) Die evangelisch-theologische Fakultät in Straßburg	470
aa) Rechtliche Entkonfessionalisierung	471
bb) Praktische Kooperation zwischen Fakultät und Kirche	472
(1) Geteilte Ausbildungsverantwortung	472
(2) Personelle Verbindungen	473
b) Die katholisch-theologische Fakultät in Straßburg	474
aa) Umfassende Mitwirkungsrechte der katholischen Kirche	475
(1) Berufungswesen	475
(2) Beanstandungsrecht	476
bb) Ausbildung und Abschlüsse	478
c) Das Departement für Theologie in Metz	480
aa) Faktische Entkonfessionalisierung	481
bb) Ausbildung und Abschlüsse	483
2. Erfolglose Initiativen für islamische Theologie	484
III. Rechtslage in Deutschland	486
1. Theologische Fakultäten an staatlichen Universitäten als klassische „res mixtae“	487
a) Personalgelegenheiten	487
b) Ausbildung und Prüfungen	489
2. Universitäre Einrichtungen für islamische Theologie	489
IV. Der Vergleich der Rechtslagen	491
1. Unterschiedliches Ausgangsverständnis der staatlichen Kultur- und Wissenschaftsverantwortung	492
2. Heterogene Organisationsstrukturen für die Theologie in der Wissenschafts- und Bildungslandschaft	493
3. Staatliches Steuerungsbedürfnis der islamischen Theologie	495
§ 8 Erkenntnisse aus dem Vergleich mit dem Staatskirchenrecht in Deutschland und Innerfrankreich	498
I. Originelle Kombination staatskirchenrechtlicher Traditionen	498
II. Zunehmender Ausbau des Selbstverwaltungsrechts der anerkannten Kulte	501
III. Positive Religionspflege aus pragmatischen Gründen	504
Fazit	507
Résumé	517

Literaturverzeichnis	527
Sachwortverzeichnis	550

Abkürzungsverzeichnis

a. E.	am Ende
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AJDA	L'actualité juridique droit administratif
AN	Assemblée Nationale/Élection à l'Assemblée Nationale
ANC	Assemblée nationale constituante
AOCC	Articles organiques culte catholique
AOCP	Articles organiques cultes protestants
Art.	Artikel
Ass.	assemblée
ASSR	Archives de sciences sociales des religions
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BFH	Bundesfinanzhof
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CC	Conseil constitutionnel
CCass	Cour de cassation
CE	Conseil d'État
CF	Constitution française du 4 octobre 1958/Verfassung der Französischen Republik vom 4. Oktober 1958
Cons.	considérant
crim.	chambre criminelle
D.	Recueil Dalloz
d. h.	das heißt
DA	Droit administratif
DC	Décision de conformité
DDHC	Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen de 1789/Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/n
DNA	Dernières Nouvelles d'Alsace
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
Droits	Droits: Revue française de théorie, de philosophie et de cultures juridiques
Ebd.	Ebenda
EDCE	Études et Documents du Conseil d'État
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
etc.	et cetera

EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EU-GRCh	Grundrechtecharta der Europäischen Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
fasc.	fascicule
ff.	und folgende Seiten
Fn.	Fußnote
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
grds.	grundsätzlich
HdbStKirchR	Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland
HdbStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
Hrsg.	Herausgeber
i. d. R.	in der Regel
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
insb.	insbesondere
J.O.	Journal Officiel de la République Française (Amtsblatt der Französischen Republik)
JCL AM	Jurisclasseur Alsace-Moselle
JCP ACT	La semaine juridique – Édition Administrations et Collectivités territoriales (Jurisclasseur périodique)
JCP G	La semaine juridique – Édition générale (Jurisclasseur périodique)
JZ	Juristenzeitung
L	Loi/Déclassements de textes législatifs au rang réglementaire
lit.	littera/e
LPA	Les Petites Affiches
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
N°/n°	nummer
(N)CCC	(Nouveaux) Cahiers du Conseil constitutionnel
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
PFRLR	Principe fondamental reconnu par les lois de la République
QJ	Le Quotidien juridique
QPC	question prioritaire de constitutionnalité
R	Réglementaire (Partie réglementaire d'un code suivie d'un numéro d'article)
RA	Revue administrative
RDC	Revue de droit canonique
RDL	Revue de droit local
RDP	Revue de droit public et de la science politique en France et à l'étranger
RDT	Revue de droit du travail
Rec.	Recueil des décisions
REDREE	Revue européenne du droit des relations Eglises État
RFDA	Revue française de droit administratif
RFDC	Revue française de droit constitutionnel
RHPR	Revue d'Histoire et de Philosophie religieuses
RID comp.	Revue internationale de droit comparé
Rn.	Randnummer/n

RSDR	Revue Société Droit et Religion
RSR	Revue des Sciences Religieuses
S.	Seite/Satz
s.	siehe
soc.	chambre sociale
sog.	sogenannt/e(r)
TA	Tribunal administratif
TG 1905	Trennungsgesetz vom 9. Dezember 1905
u. a.	unter anderem
UEPAL	Union des Églises protestantes d'Alsace et de Lorraine
vgl.	vergleiche

Einleitung

I. Themeneinführung

Die französische Rechtsordnung kennt nicht nur das berühmte staatskirchenrechtliche Trennungsregime in Innerfrankreich, sondern auch verschiedene lokale Sonderregime in den Überseegebieten¹ und Elsass-Lothringen.

Das Staatskirchenrecht ist dabei nur ein Teil – sicher der bekannteste – des sog. lokalen Rechts („droit local“) in Elsass-Lothringen. Die wichtigsten Rechtsgebiete, in denen lokales Recht gilt, sind außerdem das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, das Jagd- und Fischereirecht, das Vereinigungsrecht sowie das Grundbuch-, Gemeinde- und Gerichtsorganisationsrecht. In seiner Anwendung ist das lokale Recht territorial auf die drei französischen Departements *Haut-Rhin*, *Bas-Rhin* und *Moselle* begrenzt. Terminologisch wird das Gebiet im Französischen in Anlehnung an das ehemalige Reichsland Elsass-Lothringen – die heutigen Grenzen der drei östlichen Departements entsprechen dem früheren reichsländischen Grenzverlauf² – teilweise noch als *Alsace-Lorraine* bezeichnet. Besonders im deutschen Sprachgebrauch ist die Bezeichnung der drei östlichen französischen Departements als „Elsass-Lothringen“ weiterhin verbreitet. In modernisierter Form und losgelöst vom „mythe fondateur“³ setzen sich jedoch zunehmend die Begriffe *Alsace-Moselle* bzw. Elsass-Mosel durch. Das lokale Recht setzt sich aus französischen Rechtstexten vor 1870, deutschen Rechtstexten aus der Zeit zwischen 1870 und 1918 sowie erneut französischen Rechtstexten nach 1918 zusammen.⁴ Mit dem napoleonischen Kon-

¹ Es gibt gemäß Art. 43 TG 1905 i. V. m. den „Mandel-Dekreten“ vom 16. und 6. Dezember 1939, dem Dekret vom 5. Juli 1927 zum protestantischen Kult in Französisch-Polynesien, der königlichen Verordnung Charles X. vom 28. August 1828 sowie dem Briefwechsel zwischen dem französischen Staat und dem Heiligen Stuhl vom 7. und 19. Juni 1951 ähnliche staatskirchenrechtliche Sonderregime in den französischen Überseegebieten (etwa Französisch-Guyana, Neu-Kaledonien, Polynesien, Mayotte). In Französisch-Guyana wird z.B. der katholische Klerus aus dem Haushalt des Departements bezahlt; im überwiegend islamischen Mayotte ernennt der Präfekt das religiöse Oberhaupt der muslimischen Gemeinschaft, den Mufti.

² Besonders für das lokale Staatskirchenrecht entfaltete die Reichslandzeit aufgrund der damit verbundenen Abkoppelung von der französischen Geschichte, insbesondere während der Einführung des Trennungsgesetzes vom 09. Dezember 1905, nachhaltige Prägekraft.

³ Olszak, Norbert, La place du droit local dans la société alsacienne et lorraine, in: Institut du Droit local Alsacien-Mosellan (Hrsg.), Etats, Régions et droits locaux. Droits locaux et statuts particuliers en France et en Europe, S. 161.

⁴ Vgl. zu dieser weiten Definition des lokalen Rechts: Woehrling, Jean-Marie, Introduction. Le droit local alsacien-mosellan: passé, présent, avenir, in: Institut du droit local alsaci-

kordat von 1801 ist in Elsass-Lothringen noch das weltweit älteste Abkommen zwischen einem Staat und dem Heiligen Stuhl in Kraft. Für die elsass-lothringische Bevölkerung⁵ ist das lokale Recht Zeuge ihrer wechselvollen Geschichte und Ausdruck ihrer kulturellen Identität. Es geht deshalb in seiner sozialen, politischen und moralischen Bedeutung über ein bloßes Sammelsurium an epochal übergreifenden Rechtstexten hinaus.

„Dans l’opinion locale, le droit local a acquis une valeur emblématique de charte régionale. Ce droit est devenu une expression de l’identité culturelle alsacienne et de l’ordre social et moral de la région. Il constitue le témoignage de l’histoire troublée de la région, mais aussi de sa capacité de combiner les héritages juridiques successifs français et allemands. On n’hésite pas à utiliser à son sujet un possessif fier et affectueux: „notre droit local“. Celui-ci est ainsi perçu comme une propriété collective de l’Alsace et de la Moselle. Par-delà les frontières partisanes, le droit local illustre aussi le thème du consensus régional et esquisse une sorte de constitution morale implicite. Les valeurs qu’exprime le droit local sont censées être à la fois le témoignage et l’instrument de ce consensus supra politique, apte à dépasser les clivages traditionnels. Le droit local est ainsi souvent compris comme le statut qui a permis de garantir la paix religieuse et civile, la protection sociale, la justice économique dans la région, ainsi qu’une gestion efficace des choses régionales.“⁶

„In der regionalen öffentlichen Meinung hat das ‚droit local‘ einen symbolischen Wert als regionale Charta erlangt. Das ‚droit local‘ ist zu einem Ausdruck der kulturellen Identität und der sozialen und moralischen Ordnung der Region geworden. Es zeugt von der bewegten Geschichte der Region, aber auch von ihrer Fähigkeit, das französische und das deutsche Rechtserbe zu vereinen. Geradezu stolz und liebevoll wird ein Possessivpronom verwendet und von ‚unserem‘ lokalen Recht gesprochen. Es wird als kollektives Eigentum von Elsass und Mosel wahrgenommen. Über die Parteidgrenzen hinaus veranschaulicht das ‚droit local‘ auch das Thema des regionalen Konsenses und skizziert eine Art implizite moralische Verfassung. Die im lokalen Recht zum Ausdruck gebrachten Werte sollen sowohl Zeugnis als auch Instrument dieses überpolitischen Konsenses sein, der in der Lage ist, traditionelle Gegensätze zu überwinden. Das ‚droit local‘ wird daher oft als das Statut verstanden, das es ermöglicht hat, den religiösen und bürgerlichen Frieden, den sozialen Schutz, die wirtschaftliche Gerechtigkeit in der Region sowie eine effiziente Verwaltung der regionalen Angelegenheiten zu gewährleisten.“⁷

Das *droit local des cultes* in Elsass-Lothringen ist alles andere als ein homogenes Regelungswerk, denn es setzt sich aus einer Vielzahl an Gesetzen und Verordnungen

mosellan (Hrsg.), *Le guide du droit local. Le droit applicable en Alsace et en Moselle de A à Z*, S. 8 f.

⁵ Auf die 1871 erfolgte „construction artificielle“ Elsass-Lothringens und die kulturellen Unterschiede zwischen Elsässern und Lothringern weist Rhinn, *Emilien*, La formalisation du droit local alsacien-mosellan dans l’ordre juridique français (1914–1925), S. 57 zu Recht hin.

⁶ Woehrling, Jean-Marie, La décision du Conseil constitutionnel sur le droit local alsacien-mosellan: consécration ou restriction ?, RFDA 2012, S. 134f.

⁷ In dieser Arbeit werden zum leichteren Verständnis von der Verfasserin Übersetzungen der zentralen französischen Zitate vorgenommen.

(insgesamt etwa 140 Rechtstexte) aus unterschiedlichsten geschichtlichen Epochen zusammen.⁸ Dass viele lokale Gesetze nicht im „Journal officiel“ veröffentlicht sind und bisher nicht offiziell ins Französische übersetzt wurden, ändert dabei nichts an ihrer Gültigkeit.⁹ Das lokale Staatskirchenrecht hat drei wesentliche Pfeiler: das Konkordatssystem i. e. S. („régime des cultes“) für die Beziehungen zwischen Staat und den vier anerkannten Kulten („cultes reconnus“); die Organisation des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen („l’enseignement religieux à l’école publique“) sowie die theologischen Fakultäten an der staatlichen Universität Straßburg und das Departement für Theologie in Metz.

Das Konkordatssystem wird von zwei Grundprinzipien bestimmt: Der Staat bezahlt die Geistlichen („ministres du culte“) der vier anerkannten Kulte aus allgemeinen Steuermitteln und kontrolliert im Gegenzug deren Ernennung.¹⁰ Zu den vier anerkannten Religionsgemeinschaften gehören diejenigen, die sich seit dem Ausführungsgesetz vom 8. April 1802 („Loi organique 18 Germinal An X“) als Einrichtungen des öffentlichen Rechts („établissements publics des cultes“) mit Rechtspersönlichkeit organisieren. Heute sind das auf dem Gebiet der drei Départements Moselle, Haut-Rhin und Bas-Rhin die katholische Kirche über Fabriken, Menschen und Seminare¹¹, die reformierte Kirche („Église Réformée d’Alsace et de Lorraine – ERAL“) und die lutherische Kirche („Église de la Confession d’Augsbourg d’Alsace et de Lorraine – ECAAL“) über Presbyterien und Konsistorien¹² sowie der jüdische Kult über Konsistorien.

⁸ Messner, Francis, JCL AM, fasc. 230, Régime des cultes. Caractères et principes généraux. Police des cultes, Punkt 1 und 46.

⁹ CCass., crim., Nr. 87-92043 vom 10. März 1988; CC, Nr. 2012-285 vom 30. November 2012 (Christian S.) forderte aber im Hinblick auf Art. 2 CF („La langue de la République est le français“) und das „objectif de valeur constitutionnelle d’accessibilité de la loi“ die offizielle Übersetzung der deutschen Rechtstexte.

¹⁰ Das Innenministerium („Ministère de l’Intérieur“) hatte 2013 ein Budget von 58.366.886 Mio. Euro, um die 1.397 Vollzeitangestellten der Religionsgemeinschaften in Elsass-Lothringen zu bezahlen. Siehe: AN, Question écrite Nr. 12996 vom 11. Dezember 2012 des Abgeordneten Jean Glavany; Réponse des Innenministeriums vom 2. Juli 2013: „Le montant des crédits inscrits au titre du ministère de l’intérieur dans la loi de finances initiale pour 2013 pour le financement des cultes statutaires d’Alsace et de Moselle s’élève à un total de 60 655 419 euros dont 58 366 886 euros destinés à couvrir les pensions et les rémunérations d’activité des ministres du culte. Le plafond d’emplois correspondant est fixé à 1397 ETPT (équivalents temps plein travaillé), ces emplois se répartissant à 74 % pour le culte catholique, 22 % pour les cultes protestants et 4 % pour le culte israélite. Le nombre des effectifs budgétaires est stable depuis plusieurs années, après que 800 emplois de ministres du culte catholique ont été supprimés entre 1989 et 2006. La diminution des vocations religieuses ne se traduit pas nécessairement par une diminution des effectifs budgétaires, puisque ceux-ci peuvent être pourvus par des laïcs exerçant des fonctions d’aumônerie.“

¹¹ Die Diözese von Metz ist für das Departement Moselle zuständig, die Diözese Straßburg für die Départements Haut-Rhin und Bas-Rhin. Bei den Diözesen handelt es sich aber nur um einfache Verwaltungsbezirke ohne Rechtspersönlichkeit.

¹² Die beiden protestantischen Kirchen in Elsass-Lothringen haben seit 1969 einen gemeinsamen Rat („conseil commun“) und seit dem Dekret vom 18. April 2006 einen gemein-